Scheindeklaration zur Giftmüllentsorgung: ‚Geht nur um Weg und der mündet in Ofen'

„Denkpause": Behörden wehren sich gegen Vorwurf des Versuchs illegaler Dioxin-Entsorgung

Loccum (re). Die Kritik im Münchehagen-Plenum am Staatlichen Amt für Wasser und Abfall (StAWA) Sulingen und an der für die Projektkoordination zuständigen Bezirksregierung Hannover reißt nicht ab: Neuerdings geht es um die Entsorgung hochgiftiger Abfälle, die bei Erkundung und Sicherung der stillgelegten Giftmülldeponie Münchehagen entstanden sind. Das StAWA wies Vorwürfe zurück und lenkte bei der jüngsten Sitzung des Münchehagen-Plenums in der Akademie Loccum die Aufmerksamkeit auf eine Firma. Das stieß beim Plenum auf spürbare Zurückhaltung.

BUND und Bürgerbüro hatten den Vorwurf erhoben, StAWA und Bezirksregierung hätten versucht, hochgiftiges Seveso-Dioxin über eine „Scheindeklaration" illegal in einem Ofen für Sondermüll entsorgen zu lassen (DIE HARKE berichtete).

Allgemein beklagen Mitglieder des Münchehagen-Verfahrens, erneute Negativ-Schlagzeilen würden den Begriff »SAD Münchehagen« belasten sowie die Glaubwürdigkeit der Beteiligten noch weiter nach unten ziehen. Das könne zusätzlichen Stillstand bedeuten: Schnelle Entsorgungswege seien nur mit Glaubwürdigkeit zu erreichen, nicht aber mit Tauschung der Öffentlichkeit und der Entsorger, so das Bürgerbüro zu den Eimern, die stark belastete Abfälle mit Seveso-Dioxin enthalten und fälschlicherweise der NGS als „belastete Betriebsmittel" angedient worden sind. Dabei handele es sich um der NGS angediente Chargen, die gesondert deklariert werden müßten.

Der Sprecher des Münchehagen-Verfahrens, Wolfgang Volkel, erklärte, das StAWA sei anscheinend daran gescheitert, mit Giftstoffen belastete Reste einer Entsorgung zuzuführen und habe eine Firma beauftragt, „Wege für eine möglichst ordnungsgemäße Entsorgung" zu finden. Der StAWA-Vertreter beeilte sich, zu versichern, es sei nichts anderes angedient worden, als das, was auf der StAWA-Liste stehe. Diese und eine weitere Liste hätte die Entsorgungsfirma miteinander abgleichen müssen. Diesem Fingerzeig auf die Firma widersprechen allerdings interne Unterlagen, aus denen hervorgeht, daß beide Listen als Bestandteil des Entsorgungsnachweises von Firma und StAWA unterzeichnet und damit abgeglichen worden sind.

Die vom Projektkoordinator vor einigen Wochen im Munde geführte „Pause des Nachdenkens" bemühte jetzt auch Mediatorin Ruth Hammerbacher und beruhigte mit „die Bohrkerne werden nicht entsorgt". Plenumsleiter Dr. Anhelm gewann der Sache etwas Positives ab: Schließlich sei der Entsorgungstop ein Ergebnis des Münchehagen- bzw. Mediationsverfahrens. Der Mann vom Niedersächsischen Landesamt für Ökologie (NLÖ) vereinfachte die Angelegenheit: Es gehe doch nur um den Entsorgungsweg. Und der münde nun einmal im Ofen. Bereits im Dezember habe das NLÖ das Problem erkannt. Daraufhin habe die Bezirksregierung die Sache gestoppt, wußte er zu berichten. Für den BUND wurde jedenfalls der status quo verletzt. Dr. Anhelm will die ganze Sache nicht im öffentlich tagenden Plenum, sondern noch einmal grundsätzlich im vertraulichen Vermittlungsausschuß behandelt wissen.

2.296